

Themenblätter im Unterricht/Nr. 77



.....

Armut – hier und weltweit

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (31 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht

VORAB



— Zu den Autoren



Robby Geyer, geb. 1978, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte Südsiens und Erwachsenenbildung in Heidelberg und Kaiserslautern; seit 2001 als freier Referent in der politischen Bildung tätig. Arbeitsschwerpunkte: Staat und

Gesellschaft in Deutschland, Europäische Integration, Globalisierung, Freiheit und Sicherheit, Indien sowie Evaluation in der politischen Bildung.

— Impressum

— **Herausgeberin:** Bundeszentrale für politische Bildung/bpb Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— **E-Mail der Redaktion:** moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)

— **Autor:** Robby Geyer
— **Redaktion:** Iris Möckel (verantwortlich), Frithjof Goetz
— **Gestaltung:** Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
— **Titelillustration:** Leitwerk, Cornelia Pistorius (unter Verwendung eines Fotos von picture-alliance/dpa)
— **Druck:** Mareis Druck, Weißenhorn
— **Papier:** Schneidersöhne, PlanoNature FSC

FSC-Gütesiegel

— **Urheberrechte:** Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos, Grafiken und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

— **Haftungsausschluss:** Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— **Erste Auflage:** April 2009, ISSN 0944-8357 Bestell-Nr. 5.970 (siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Neu ab Sommer 2009!

Wahlen für Einsteiger
Arbeitsmappe mit 20 Arbeitsblättern



— Inhalt

Vorab: Impressum, Zum Autor, Lieferbare Themenblätter im Unterricht
Lehrerblatt 01–06: Anmerkungen für die Lehrkraft / Kopiervorlage
Arbeitsblatt A/B: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (31 Stück) zum Thema: „Armut – hier und weltweit“
Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen
Rückseite: Fax-Bestellblatt

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion. Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn. Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? (neu 2006) Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 22: Lust auf Lernen. (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 33: Internet-Sicherheit. Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390 (Restauflage)
- Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung? (neu 2008) Bestell-Nr. 5.394
- Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5.396
- Nr. 47: Die Türkei und Europa. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.940
- Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5.941
- Nr. 49: Sport und (Welt-)Politik. Bestell-Nr. 5.942
- Nr. 53: Wehr(un)gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.946
- Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.947
- Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5.948
- Nr. 58: Wie christlich ist das Abendland? Bestell-Nr. 5.951
- Nr. 59: Gleiche Chancen für Anne und Ayshe? Bestell-Nr. 5.952
- Nr. 60: Deutschland für Europa. Bestell-Nr. 5.953
- Nr. 61: Friedenschancen im Nahen Osten? Bestell-Nr. 5.954
- Nr. 62: Unterschicht in Deutschland? Bestell-Nr. 5.955
- Nr. 63: Akteure im politischen Prozess. (neu ab Sommer 2009) Bestell-Nr. 5.956
- Nr. 64: Urteil und Dilemma. Bestell-Nr. 5.957
- Nr. 65: Europa der 27. Bestell-Nr. 5.958
- Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5.959
- Nr. 67: Inländisch, ausländisch, deutschländisch. Bestell-Nr. 5.960
- Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5.961
- Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5.962
- Nr. 70: US-Präsidentschaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5.963
- Nr. 71: Mobilität und Umwelt. Bestell-Nr. 5.964
- Nr. 72: Welche EU wollen wir? (Nachdruck 2009) Bestell-Nr. 5.965
- Nr. 73: Klimagerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.966
- Nr. 74: Terrorabwehr und Datenschutz. Bestell-Nr. 5.967
- Nr. 75: Bedrohte Vielfalt – Biodiversität. Bestell-Nr. 5.968
- Nr. 76: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5.969
- Nr. 77: Armut – hier und weltweit. Bestell-Nr. 5.970
- Nr. 78: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. Bestell-Nr. 5.971

Sämtliche Ausgaben im Internet, auch die vergriffenen, in Farbe und Schwarz-Weiß:
www.bpb.de/themenblaetter

— Jetzt bestellen! pocket kultur



Kultur ist vielfältig! Vom Buch zum Film über Musik zur Malerei sowie Zahlen und Fakten über den Kulturbetrieb! Dazu finden Sie kurze Lexikon-einträge im Hosentaschenformat (Bestell-Nr. 2.556).

In der „pocket“-Reihe sind bisher erschienen:

- pocket politik* (Bestell-Nr. 2.551)
- pocket wirtschaft* (Bestell-Nr. 2.552)
- pocket global* (Bestell-Nr. 2.553)
- pocket europa* (Bestell-Nr. 2.554)
- pocket zeitgeschichte* (Bestell-Nr. 2.555)
- pocket recht: ab Herbst 2009*

www.bpb.de/pocket

Armut – hier und weltweit

von Robby Geyer

LEHRERBLATT

01

„Armut“ wird heute vor allem mit der Situation in Entwicklungsländern in Verbindung gebracht. Jedoch gibt es auch in den westlichen Wohlstandsgesellschaften arme Menschen. Die politischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Armut ergriffen werden müssen, sind vielfältig und umstritten.

Armut und Mangel gibt es schon immer

Immer dort, wo Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben und Eigentum, Besitz und Einkommen nicht gleich verteilt sind, gibt es Einzelne oder ganze gesellschaftliche Gruppen, die in Armut leben. In allen geschichtlichen Epochen findet man Beispiele für Menschen, die arm waren. Erinnerung sei an die Armenhäuser der mittelalterlichen Städte oder an die Verhältnisse, in denen Arbeiter und ihre Familien während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert existieren mussten.

Armut hat viele Gesichter

Armut äußert sich in unterschiedlichen Formen. Einige dieser Erscheinungsbilder treten verstärkt in Entwicklungsländern auf, während andere eher bei armen Menschen in den Industriestaaten zu beobachten sind:

- Hunger sowie Unter- und Mangelernährung
- schlechter Gesundheitszustand und erhöhte Anfälligkeit für Krankheiten
- geringe Lebenserwartung und hohe Sterblichkeit bei Säuglingen, Kleinkindern und Müttern
- niedriger Bildungsstand und mangelnde oder fehlende Ausbildung (Analphabetentum; geringe Qualifizierung)
- hohe Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und ein großer informeller Sektor (Schwarzarbeit)
- schlechte Wohnverhältnisse oder gar Obdachlosigkeit
- schlechte Kleidung
- kulturelle und soziale Entwurzelung sowie Isolation (Ausschluss vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben)
- Minderwertigkeitsgefühle und psychosomatische Störungen

Absolute Armut

Bis 2008 wurde als in **absoluter Armut** lebend angesehen, **wer am Tag weniger als einen US-Dollar zur Verfügung hat**, um damit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Dieser Wert wurde durch die Weltbank auf **1,25 US-Dollar** angehoben. Dies hängt mit der Veränderung der Kaufkraft des Geldes zusammen. Der erste Wert bezog sich auf das Basisjahr 1993, während dem aktuellen Wert die Kaufkraft des Jahres 2005 zugrunde liegt.

Absolute Armut tritt besonders in den Entwicklungsländern zu Tage und bezieht sich auf ein **physisches Existenzminimum**, welches zum Überleben notwendig ist. Nach aktuellen Zahlen der Weltbank (August 2008) leben nach dieser Definition etwa **1,4 Mrd. Menschen** weltweit in extremer Armut (↑ Tabelle a). Nimmt man den Wert von zwei US-Dollar als tägliches Existenzminimum, erhöht sich die Zahl schon auf über 2,5 Mrd. Menschen, was etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung entspricht.

♀ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Zu dieser Ausgabe

Es werden Grundzüge der „absoluten“ und der „relativen“ Armut sowie der weltweite Kampf gegen die Armut (Millenniumsziel der UN) erörtert.

— Armut weltweit

Anzahl der Menschen, die täglich von weniger als a) 1,25 US-Dollar leben (in Mio.)

	1990	2005	2015
Ostasien und Pazifik	873,3	316,2	137,6
nur China	683,2	207,7	84,3
Europa und Zentralasien	9,1	17,3	9,8
Lateinamerika und Karibik	49,6	45,1	30,6
Südasien	579,2	595,6	403,9
nur Indien	435,5	455,8	313,2
Naher Osten und Nordafrika	9,7	11,0	8,8
Subsahara-Afrika	297,5	388,4	356,4
insgesamt	1.818,5	1.373,5	947,2

b) 2 US-Dollar leben (in Mio.)

	1990	2005	2015
Ostasien und Pazifik	1.273,7	728,7	438,0
nur China	960,8	473,7	260,9
Europa und Zentralasien	31,9	41,9	26,7
Lateinamerika und Karibik	86,3	91,3	72,4
Südasien	926,0	1.091,5	959,5
nur Indien	701,6	827,7	714,5
Naher Osten und Nordafrika	44,4	51,5	33,3
Subsahara-Afrika	393,6	556,7	585,0
insgesamt	2.755,9	2.561,5	2.115,0

Quelle: Weltbank 2008 © Leitwerk

LEHRERBLATT

02

— Human Development Index (HDI)

Bei diesem Index wird der Entwicklungsstand eines Landes nicht ausschließlich nach der Wirtschaftskraft und dem Realeinkommen bemessen. Zusätzlich zum realen Pro-Kopf-Einkommen werden auch die Lebenserwartung sowie die Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen und die Schulanfängerquote berücksichtigt. Daher bildet der HDI eine Alternative zur monetären (in Geld ausgedrückten) Bestimmung von absoluter und relativer Armut. Der HDI hat stets einen Wert zwischen 0 und 1. Je näher er für ein Land am Wert 1 liegt, desto höher entwickelt ist dieses Land. Je näher er gegen 0 tendiert, desto größer ist der Grad der Unterentwicklung.

Nähere Infos unter: www.hdr.undp.org > human development > human development indices > human development index

Relative Armut

Besonders in den hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas kam man in den 1960er Jahren zu dem Ergebnis, dass Armut ausgerottet sei. Offensichtlich gab es aber immer noch Menschen, die wenig verdienten oder gar arbeitslos waren. Zudem mussten Menschen in schlechten Unterkünften wohnen oder konnten sich weniger leisten als der Durchschnitt der Bevölkerung. Daher wurde das **Konzept der relativen Armut** eingeführt. Als arm gilt demnach, **wer weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat.**

Nach der Definition des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) gilt als **armutsgefährdet**, wer in einem Haushalt lebt, dessen Realeinkommen **weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung** beträgt (**Armutsrisikoquote**). Zusätzlich spricht man vom prekären Wohlstand, wenn das Einkommen unter 75 Prozent des Durchschnitts liegt (Niedrigeinkommen). Zum einen stammen die Ursachen aus den Verhältnissen in den Entwicklungsländern selbst, zum anderen werden aber auch äußere Ursachen dafür verantwortlich gemacht.

Die Vorwürfe: Die Industriestaaten

- erheben Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte, was deren Waren verteuert und somit im Wettbewerb verschlechtert;
- versuchen, staatlich subventionierte und dadurch billige Agrarprodukte in den Entwicklungsländern abzusetzen. Diese Subventionspolitik in der Landwirtschaft ist mitverantwortlich dafür, dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe tendenziell stark gefallen sind und großen Schwankungen unterliegen. Dadurch sinken die Einnahmen;
- vergeben Kredite an die Entwicklungsländer ohne ausreichend darauf zu achten, wofür dieses Geld eingesetzt wird.

Kampf der absoluten Armut:

Das erste Millenniumsziel der Vereinten Nationen (UNO)

Im September 2000 einigten sich die Vertreter von 189 Staaten auf die sogenannte **Millenniumserklärung**. Darin wurde das Ziel festgeschrieben, die Lebenssituation für alle Menschen in den nächsten fünfzehn Jahren zu verbessern. 2001 wurden acht Ziele formuliert, die bis 2015 erfüllt werden sollen. Diese umfassen 22 konkrete Maßnahmen. Unter anderem verpflichteten sich die Staaten, eine Primärbildung für alle Kinder zu garantieren, die Gesundheitsversorgung auszubauen sowie die Bekämpfung von Krankheiten zu intensivieren. Auch soll die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und Industriestaaten (globale Entwicklungspartnerschaft) verbessert werden.

Als erstes Millenniumsziel wurde die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger beschlossen. Konkret soll der Anteil derjenigen, die täglich von weniger als einem US-Dollar (ab 2008 1,25 US-Dollar) leben müssen, bis 2015 halbiert werden. Auch der Anteil der Menschen, die unter dauerhaftem Hunger leiden, soll halbiert werden.

Als Bezugsgröße dient das Jahr 1990. Jährlich ermitteln die UNO und andere internationale Organisationen den aktuellen Stand der Umsetzung. Wie die Grafik auf Arbeitsblatt A zeigt, wird nach den aktuellen Entwicklungen das Ziel, die Armut zu halbieren, bis 2015 erreicht werden. Lag der Anteil 1990 noch bei 41,7 Prozent der Weltbevölkerung, so konnte er bis 2005 auf 25,2 Prozent gesenkt werden und soll nach den Prognosen der Weltbank 2015 bei 15,5 Prozent liegen. Auffällig ist, dass die größten Erfolge bei der Armutsbekämpfung in Ostasien und insbesondere China zu verzeichnen sind, während das erste Millenniumsziel in Subsahara-Afrika wohl nicht erreicht wird. Dort wird der Anteil von derzeit knapp über 50 Prozent an armer Bevölkerung auf etwa 37 Prozent sinken.

— Ursachen und Folgen von Armut

Wirtschaft

Mangelnde Verfügungsgewalt über Ressourcen (Grund und Boden, Kapital, Wissen, etc.)

Mangelnde Produktivität der Landwirtschaft (fehlende Finanzmittel für Investitionen und Modernisierung, fehlende Anreize für Produktionssteigerung durch niedrige Preise, zu wenig Nahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung)

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (fehlende Arbeitsmöglichkeiten)

Geringes Einkommen und fehlende Kaufkraft

Gesellschaft

Starre hierarchische Gesellschaftsstrukturen (Benachteiligung von Frauen und Mädchen)

Unzureichendes Bildungs- und Ausbildungsniveau (keine Schulen, schlechte Ausstattung, fehlende Schulabschlüsse, keine Berufsausbildung)

Mangelnde Gesundheitsversorgung (erhöhtes Krankheitsrisiko, hohe Sterblichkeit, geringe Lebenserwartung)

Flüchtlingsströme und Obdachlosigkeit durch Bürgerkriege

Politik

Instabile politische Verhältnisse (Diktatur, Putsch, Bürgerkrieg)

Korruption und persönliche Bereicherung

Hohe Militärausgaben zu Lasten von Gesundheit und Bildung

Hoher Schuldenstand und hohe Zinsen

Situation in Deutschland

Nach einer aktuellen Studie lag der Anteil der relativ armen Menschen in Deutschland bei 11 Prozent und damit leicht über den OECD-Durchschnitt (siehe Grafik). 1985 lag die Armutsquote noch bei 9,1 (altes Bundesgebiet) und ging bis 1997 sogar auf 7,9 Prozent zurück. Seither hat die relative Armut in Deutschland wieder zugenommen.

Das Risiko in Deutschland einkommensarm zu sein, wurde im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für 2005 mit 13 Prozent für das gesamte Bundesgebiet angegeben. Durch staatliche Transferleistungen (z.B. Kinder- oder Wohngeld) konnte die Armutsrisikoquote 2005 somit halbiert werden. Deutschland gehört damit zu den Ländern, in denen die Sozialtransfers deutlich die Armutsrisikoquote senken. Das Statistische Bundesamt beziffert die Armutsrisikoquote für 2005 auf 12,8 und für 2006 auf 13,9 Prozent. 2001 lag sie noch bei 11,4.

Zu den besonders gefährdeten Gruppen zählen:

- Arbeitslose (43 Prozent)
- Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (19 Prozent)
- Alleinerziehende (24 Prozent)

Insgesamt war das Armutsrisiko in Ostdeutschland mit 15 Prozent höher als in Westdeutschland mit 12 Prozent. Im Datenreport 2008 wird der Prozentsatz der Armutsschwelle in Ostdeutschland für 2006 sogar mit 22,6 Prozent angegeben.

Mindestsicherung für ein sozio-kulturelles Existenzminimum

Durch staatliche Sozialleistungen in Form einer Mindestsicherung soll für jede Person in Deutschland ein sozio-kulturelles Existenzminimum gewährleistet werden. Dabei handelt es sich um Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Grundsicherung für Arbeitsuchende), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe), Asylbewerberleistungen sowie Kriegsopferfürsorge. Mit diesen Zahlungen soll ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Der notwendige Lebensunterhalt soll den Bedarf an Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat und persönlichen Bedürfnissen abdecken. Dazu zählen auch die Aufrechterhaltung sozialer Bindungen (Freundeskreis, Vereinsaktivitäten) und die Teilnahme am kulturellen Leben.

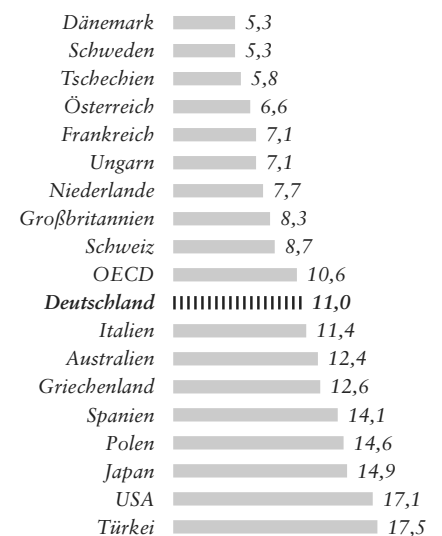
Zurzeit beträgt der finanzielle Regelsatz monatlich 351 Euro für einen Alleinstehenden. Hinzu kommen etwa 317 Euro für Miete und Heizungskosten. Der Regelsatz für Kinder muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (vom Januar 2009) neu berechnet werden.

Die Bemessungsgrundlage für den Regelsatz bilden Stichproben zu Einkommen und Verbrauch bei den untersten 20 Prozent der Haushalte in Deutschland. Neue Daten werden alle fünf Jahre erhoben. In der Zwischenzeit ist die Entwicklung der Mindestsicherung an die Rententwicklung angepasst.

Ende 2006 bezogen in Deutschland insgesamt **8,3 Mio.** Menschen solche Sozialleistungen, die ein Gesamtvolumen von **45,6 Mrd.** Euro hatten. Die größte Empfängergruppe sind mit 7,3 Mio. die Arbeitsuchenden, gefolgt von Rentnern und Menschen, die aufgrund von Erkrankung und Behinderung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (764.000 Personen). Zusätzlich bezogen 194.000 Asylbewerber und etwa 60.000 Kriegsopfer soziale Leistungen zur Mindestsicherung.

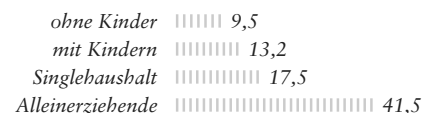
— Leben unter der Armutsgrenze

Anteil der Bevölkerung mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens im jeweiligen Land, in Prozent



Deutschland:

Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze nach Haushaltstypen



Im Datenreport 2008 wurde der Armen-Anteil für 2005 mit 10,8 Prozent und für 2006 mit 11,4 Prozent ausgewiesen. Die Unterschiede zwischen OECD und Statistischem Bundesamt sind dabei auf unterschiedliche Erhebungsverfahren zurückzuführen und vernachlässigbar.

Quelle: OECD, Stand 2005, © Leitwerk

— Zeichnung: Benno Raestrup (www.rubert-online.com)

RUBERT



LEHRERBLATT

04

— Mindestlohn als Strategie zur Armutsbekämpfung

Wer mit seiner Arbeit seine Familie ernähren will, braucht einen ausreichenden Arbeitslohn. Es gibt aber Jobs, bei denen auch in einem regulären Arbeitsverhältnis das Einkommen nicht ausreicht. Das brachte seit 2005 in Deutschland die Mindestlohndebatte auf die Tagesordnung. Ein Mindestlohn ist ein gesetzlich festgelegtes Arbeitsentgelt, das den Beschäftigten als Minimum zusteht, um ihre Grundbedürfnisse zu sichern.

In vielen Ländern gibt es bereits heute einen Mindestlohn; zum Beispiel haben 20 von 27 EU-Staaten einen solchen eingeführt. In Deutschland haben nicht nur die politischen Parteien unterschiedliche Positionen, auch zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist dieses Thema umstritten. Die Gewerkschaften fordern einen Stundenlohn von 7,50 Euro. Dies wäre bei einem Vollzeitbeschäftigten (38,5 h/Woche) ein monatlicher Mindestlohn von etwa 1.250 Euro.

— Monatlicher Mindestlohn in ausgewählten Staaten in Euro (Stand 2008)

Belgien	1.309,60
Frankreich	1.280,00
Großbritannien	1.222,50
Irland	1.462,00
Litauen	2.317,00
Luxemburg	1.570,00
Malta	612,30
Niederlande	1.335,00
Polen	312,70
Rumänien	141,40
Slowakei	242,50
Spanien	700,00
Türkei	353,80
USA	696,00

Quelle: EUROSTAT 2009 / Leitwerk

— Tipp: Umrechnungskurs US-Dollar in Euro

Der Gegenwert von 1 US-Dollar betrug bei Redaktionsschluss (7. April 2009) 0,75 Euro.

Einen tagesaktuellen Umrechnungskurs können Sie im Internet ermitteln, z.B. hier:

www.umrechnung24.de

— Hinweise zum Arbeitsblatt A und B

Das Zitat zu Beginn von Arbeitsblatt A ist geeignet als Einstieg in das Thema. Den Hintergrund für diese Auffassung bildet die Menschenwürde (siehe auch Art. 1 Grundgesetz). In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde in Art. 1 festgehalten, dass alle Menschen frei sind und „gleich an Würde und Rechten geboren“. Einem Menschen, der in Armut lebt, ist es jedoch nur schwer möglich, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Auch die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) ist für arme Menschen eingeschränkt. Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der 1966 verabschiedet und 1976 in Kraft trat, werden Rechte formuliert, die ebenfalls nicht gewährleistet werden, wenn jemand in Armut lebt. Dazu gehört u.a. das Recht auf soziale Sicherheit oder das Recht auf Bildung.

Armut hat viele Gesichter (zu Aufgabe 1)

Die Fotos zeigen verschiedene Ursachen und Folgen von Armut:

– Zu 1: Arbeitslosigkeit (EL/IL) / Depression (eher IL)

Foto: Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin am 21.10.2006

– Zu 2: mangelnde Bildung (EL/IL) / Analphabetismus (eher EL; v.a. Frauen)

Foto: Eritreische Frau mit Baby in einem Alphabetisierungskurs in Himberti/2001

– Zu 3: Obdachlosigkeit (EL/IL) / Krankheit; Drogen; Alkoholismus (EL/IL)

(soziale) Ausgrenzung (EL/IL)

Foto: Obdachloser mit Weinflasche, ohne Strümpfe, in Hamburg

– Zu 4: Hunger/Unter- und Mangelernährung (EL)

Foto: Burmesische Flüchtlingsfrau beim Wasserholen in einem Camp in Bangladesch mit ihrem unterernährten Kind auf dem Arm (Juni 2006)

Außerdem: hohe Sterblichkeitsraten in den Entwicklungsländern/Krankheit, schlechte Kleidung, Ausschluss vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben, Beispiele für psychosomatische Störungen (z.B. Minderwertigkeitsgefühl), Bildungsarmut, Armut von Kindern.

Absolute Armut (zu Aufgabe 2)

Die Grafik zeigt, dass das Millenniumsziel zur Halbierung des Anteils der Menschen, die in absoluter Armut leben, bis 2015 weltweit gesehen durchaus erreicht werden könnte. Während im Nahen Osten und Nordafrika bzw. in Europa und Zentralasien das Niveau der Armutsquote zwar nicht halbiert, aber doch auf einem niedrigen Niveau verbleibt, scheint es so, also würde in Subsahara-Afrika das Ziel verfehlt. In dieser Region müssen die Bemühungen demzufolge intensiviert werden. Besonders erfolgreich wurde die absolute Armut hingegen in Ostasien (insbesondere China) bekämpft.

Relative Armut (zu Aufgabe 3)

Richtige Zuordnung: 1c / 2d / 3b / 4a

Situation zur Armut in Deutschland (zu Aufgabe 4)

Lösungen zum Lückentext in der richtigen Reihenfolge:

Bevölkerung / Transferleistungen / Armutsrisikoquote / Wohngeld / Ostdeutschland / ältere / Kinder und Jugendliche / Armutsrisiko / Alleinerziehende / Arbeitslosigkeit / Bildungsniveau / Arbeiter / Obdachlose / Migrationshintergrund

Mindestsicherung für ein Leben in Menschenwürde (zu Aufgabe 5)

Die Mindestsicherung soll den Grundbedarf des täglichen Lebens abdecken. Dazu zählen Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie persönliche Bedürfnisse wie Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen und Teilnahme am kulturellen Leben. Restaurantbesuche, Geld für ein eigenes Auto oder Handy-Vertrag sowie die Finanzierung von Urlaubsreisen sind hier nicht vorgesehen. Die Kosten für Klassenfahrten z.B. werden in begründeten Fällen aber übernommen.

— Hinweise zur Kopiervorlage

LEHRERBLATT

05

Mindestlohn als Mittel zur Armutsbekämpfung? (zu Aufgabe Z1)

Die erste Karikatur thematisiert die Problematik von Beschäftigung im Niedriglohnbereich, während die zweite die Position von Unternehmern und Spitzenverdienern wiedergibt. [Download der Karikaturen für Overheadfolien unter: www.bpb.de/themenblaetter.](http://www.bpb.de/themenblaetter)

Wie sehr muss sich Arbeit lohnen?

Pro und Contra für einen Mindestlohn (zu Aufgabe Z2)

Teilen Sie die Klasse in zwei Gruppen, wobei eine die Pro- und die andere die Contra-Seite vertritt. Nachdem zuvor die jeweiligen Argumente zugeordnet wurden, können die Gruppen gleich damit beginnen, die Argumente auszuformulieren. Ein oder zwei Schüler sollten zu Moderatoren bestimmt werden, die die Diskussion leiten und die Argumente der Gruppen protokollieren. Dabei sollten die Pro- und Contra-Punkte so notiert werden, dass sie für das Publikum lesbar sind (z.B. an der Tafel anschreiben). Jede Gruppe wählt einen oder zwei Schüler, die die Gruppe in der Diskussion vertreten. Abwechselnd haben diese die Möglichkeit, ihre Argumente vorzutragen. Dabei sollten die Diskutanten nicht nur ihre eigenen Argumente präsentieren, sondern auch auf die Punkte der Gegenseite eingehen. Abschließend kann das Publikum darüber abstimmen, welche Argumentation sie am ehesten überzeugt hat.

Weitere Hinweise zur Pro- und Contra-Diskussion finden Sie im Methodenkoffer oder der Methoden-Kiste:

www.bpb.de > Lernen > Methodenkoffer > Pro- und Contradiskussion

oder: www.bpb.de > Publikationen > Thema im Unterricht > Methodenkiste

— Argumente für und gegen einen Mindestlohn

Pro-Argumente

- jeder Vollzeitbeschäftigte muss von seinem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten können (moralisches Gebot, da geringe Löhne sittenwidrig sind; Recht auf einen Mindestlohn im WSK-Pakt festgeschrieben)
- Gewerkschaften teilweise zu schwach, um angemessenen Lohn auszuhandeln (z.B. durch Mitgliederschwund)
- die Hartz IV-Regelsätze (z.B. für Alleinstehende: 351 Euro + ca. 317 Euro für Miete und Heizung) sind als heimlicher Mindestlohn zu gering (muss darüber liegen, damit sich Arbeit lohnt; Leistungsprinzip)
- Motivationssteigerung für Beschäftigte (Beitrag zur Qualitätssicherung)
- keine negativen Beschäftigungseffekte durch Mindestlohn (nicht zwangsläufig oder verkraftbar);
- im Dienstleistungsbereich kein Arbeitsplatzabbau (Dienstleistungen am Menschen kann man nicht ins Ausland verlagern)
- durch verstärkten privaten Konsum und gesteigerte Binnennachfrage positive Auswirkungen für den Arbeitsmarkt
- kein wirtschaftlicher Schaden in Ländern, die Mindestlohn haben (Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft für wirtschaftliche Entwicklung wichtiger)
- Verhinderung von Preiskämpfen zu Lasten der Arbeitnehmer („Lohndumping“) – alle müssen mindestens den vorgeschriebenen Lohn zahlen; gleichzeitig Schutz vor Billiglohn-Konkurrenz aus dem Ausland im Dienstleistungssektor
- weitere Ausweitung des Niedriglohn-Sektors gestoppt
- staatliche Mindestarbeitsstandards gibt es bereits (z.B. Mindesturlaubsanspruch, wöchentliche Höchstarbeitszeit)
- Entlastung der Staatskasse (durch wegfallende Transferleistungen und steigende Einnahmen durch Lohnsteuer und bei der Sozialversicherung)
- Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen können reduziert werden

Contra-Argumente

- Arbeitsplatzabbau (steigende Arbeitslosigkeit)
- sinkende Lohnsteuereinnahmen für den Staat, weniger Beiträge für die Sozialversicherung und mehr Ausgaben durch Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Zunahme des Armutsrisikos, weil mehr Menschen arbeitslos werden
- Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit (steigende Produktionskosten; sinkende Produktivität)
- sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (Wettbewerbsnachteile)
- Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland (Länder mit niedrigeren Lohnkosten)
- Gefahr von Schwarzarbeit steigt
- Eingriff in die Tarifautonomie (Löhne und Gehälter durch die Tarifparteien)
- Arbeitgeber und Gewerkschaften (Tarife werden ohne Einmischung des Staates ausgehandelt)
- Veränderung des gesamten Lohngefüges (z.B. Lohnunterschiede zwischen Ungelernten und Facharbeitern)
- staatliche Transferzahlungen besser geeignet, um Einkommensschwache zu unterstützen
- faktischer (heimlicher) Mindestlohn besteht durch Hartz-IV-Regelsätze
- Kontroll-Bürokratie, die die Einhaltung des Mindestlohns überwachen müsste

KOPIERVORLAGE

K01

Die Debatte um Mindestlöhne

von Robby Geyer

— Pro- und Contra-Argumente Mindestlohn

- Arbeit muss sich lohnen
- viel Bürokratie zur Kontrolle nötig
- Gewerkschaften als Tarifpartner zu schwach
- Löhne sind Sache der Tarifparteien, nicht des Staates
- Menschenrecht auf einen Mindestlohn
- Arbeitsplatzabbau
- Entlastung der Staatskasse
- Wettbewerbsnachteile
- Dienstleistungen am Menschen kann man nicht ins Ausland verlagern
- Anstieg des privaten Konsums
- erhöhtes Armutsrisiko wegen Kündigung
- Förderung von Schwarzarbeit
- Motivationssteigerung bei den Beschäftigten
- heimlicher Mindestlohn ist Hartz IV
- Verhinderung von Löhnen weit unter Tarif
- Ausweitung des Niedriglohnssektors muss verhindert werden
- steigende Produktionskosten bedeuten Verlagerung ins Ausland

Z1 Mindestlohn als Mittel zur Armutsbekämpfung?

Seit 2005 wird in Deutschland wieder verstärkt über die Einführung eines Mindestlohns diskutiert. Welche Positionen werden auf den beiden Karikaturen dargestellt?



Z2 Wie sehr muss sich Arbeit lohnen? Pro und Contra für einen Mindestlohn

Ein Mindestlohn wird in der Regel landesweit und per Gesetz für Vollzeitbeschäftigte eingeführt. Dabei handelt es sich um Bruttolöhne vor Abzug der Einkommenssteuern und Sozialabgaben. In den meisten Staaten wird er jährlich als Bruttomonatslohn festgelegt.

A Ordnet die oben stehenden Argumente für und gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland, und tragt die Argumente der Gegner und Befürworter in die entsprechenden Spalten auf einer Wandzeitung (oder Tafel) ein. Natürlich könnt ihr auch eigene Pro- oder Contra-Argumente einfügen.

B Gestaltet mit Hilfe dieser Argumente eine Diskussionsrunde zwischen Gegnern und Befürwortern eines Mindestlohns. Stimmt anschließend darüber ab, ob ihr die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns befürwortet. Achtet in den Gruppen besonders darauf, die jeweiligen Argumente für die Diskussion auszuformulieren.

Armut – hier und weltweit

von Robby Geyer

ARBEITSBLATT

A

„Immer, wenn wir einen Menschen aus dem Leben in Armut erlösen, verteidigen wir Menschenrechte. Und immer wenn wir versagen, verraten wir Menschenrechte.“ Kofi Annan, UN*-Generalsekretär von 1997–2006

1 Armut hat viele Gesichter

Armut wird in der Regel am verfügbaren Einkommen gemessen, welches dem einzelnen Menschen zur Verfügung steht. Jedoch äußert sich Armut in vielerlei Formen.

A Welche Formen von Armut und ihren Folgen erkennst du auf den Fotos?

B Fallen dir weitere Beispiele ein, wie sich Armut konkret zeigt?

C Überlege, welche dieser Erscheinungsformen eher in Entwicklungsländern (z.B. in Afrika oder Südasien) und welche in Industriestaaten (z.B. Deutschland oder USA) auftreten und kreuze die entsprechenden Kästchen bei den Fotos an.

D Vergleiche und diskutiere anschließend die Ergebnisse in der Klasse.

☒ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Armut: Formen und Folgen

1. Industrieland / Entwicklungsland



2. Industrieland / Entwicklungsland



3. Industrieland / Entwicklungsland



4. Industrieland / Entwicklungsland



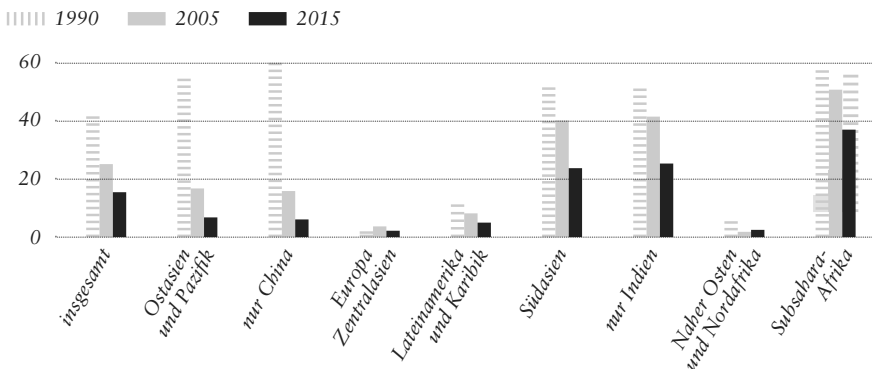
2 Absolute Armut

2001 beschlossen die UN-Staaten, den Anteil der Bevölkerung, die in **absoluter Armut leben** (d. h.: **weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zum Leben haben**), bis 2015 zu halbieren (1. Millenniumziel).

A Kannst du dir vorstellen, wie man von 1,25 Dollar am Tag leben kann? Wie sehen die Bedingungen aus?

B Überprüfe mit Hilfe der Grafik die Entwicklung der Armut. Wird das Ziel der UN-Staaten, die Armut auf der Welt bis 2015 zu halbieren, insgesamt erfüllt werden? Wie sieht die Entwicklung in den einzelnen Regionen aus?

— Anteil der Menschen, die täglich von weniger als 1,25 US-Dollar leben, in Prozent



Quelle: Worldbank 2009 / Leitwerk

Fotos: 1. Dietmar Gust — 2. Stefan Boness, Ikon — 3. Argus, Schroeder — 4. Sinopictures, GMB Akash — alle Fotos bei www.fotofinder.com — * UN = Vereinte Nationen

ARBEITSBLATT

B

— Zuordnung zu Aufgabe 3

1 _____ 3 _____
2 _____ 4 _____

3 Relative Armut

Das Konzept der relativen Armut umfasst mehrere Begriffe und Messgrößen. Ordne die jeweils zusammengehörigen Begriffe und Umschreibungen zu.

- | | |
|---|---|
| <p>1 Anteil der Bevölkerung mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens</p> <p>2 Bevölkerungsanteil mit 50–75 Prozent des Durchschnittseinkommens</p> <p>3 Bevölkerungsanteil mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens</p> <p>4 Mindesteinkommen für ein menschenwürdiges Leben und Teilhabe an der Gesellschaft</p> | <p>a Soziokulturelles Existenzminimum</p> <p>b Armutsgrenze (Relative Armut)</p> <p>c Armutsrisikoquote</p> <p>d Prekärer Wohlstand</p> |
|---|---|

4 Situation zur Armut in Deutschland

Versuche, den Text mit Hilfe der nebenstehenden Begriffe sinnvoll zu ergänzen:

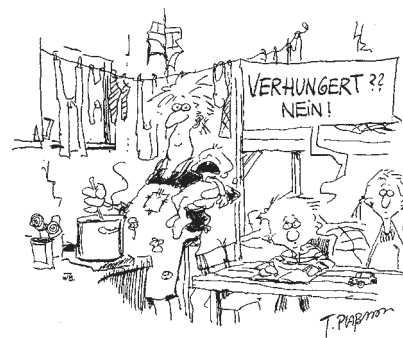
Das Risiko arm zu sein, betrifft in Deutschland 13,9 Prozent der _____ (aktuelle Zahlen für 2006). 2005 waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch 12,8 und 2001 gar nur 11,4 Prozent. Ohne staatliche _____ würde die _____ bei etwa 26 Prozent liegen. Durch staatliche Leistungen wie Kindergeld oder _____ wird das Einkommen aufge bessert. In _____ lag die Armutsschwelle 2006 mit 22,7 Prozent deutlich über der bundesweiten. Ältere Statistiken wiesen besonders _____ Frauen als arm aus. Heutzutage sind verstärkt _____ besonders von Armut betroffen. In der Altersgruppe der 11- bis 20-Jährigen beträgt die Armutsrisikoquote 18,7 Prozent. Wer zudem mehrere Kinder hat, trägt ein zusätzliches _____ im Vergleich zu Kinderlosen. Auch _____ haben eine höhere Risikoquote als Familien mit zwei Erziehungsberechtigten. Sie lag 2005 bei 24 Prozent. Wesentliche Ursache für ein erhöhtes Armutsrisiko bleibt die _____. Laut dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung betrug die Quote bei den Arbeitslosen für 2005 ca. 43 Prozent. Eine entscheidende Rolle für die Situation spielt das _____ des Einzelnen: Wer über einen niedrigen Bildungsstand verfügt, ist stärker gefährdet, in Armut abzugleiten. Der Datenreport 2008 weist die Armutsrisikoquote im Jahr 2006 für un- und angelernte _____ mit 18,1 Prozent aus. Sehr gefährdet sind zudem _____, Personen mit _____, chronisch Kranke und Behinderte.

— Begriffe für den Lückentext

Ostdeutschland	Armutsrisiko
Alleinerziehende	Bevölkerung
ältere	Bildungsniveau
Arbeitslosigkeit	Arbeiter
Armutsrisikoquote	Transferleistungen
Obdachlose	Wohngeld
Kinder und Jugendliche	Migrationshintergrund

— Vergleichsweise prima?

„Armut? Wo?!“



„Armut in Deutschland – Anna E. (alleinerziehend) – Troststunde“



5 Mindestsicherung für ein Leben in Menschenwürde

Mit einer staatlichen Mindestsicherung soll der notwendige Bedarf für ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft („soziokulturelles Existenzminimum“) ermöglicht werden. Was gehört deiner Meinung nach zu diesem notwendigen Lebensunterhalt? Kreuze an und diskutiere mit deinen Mitschülern. Einigt euch auf vier Punkte.

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Hausrat | <input type="checkbox"/> Urlaubsreisen |
| <input type="checkbox"/> Restaurantbesuche | <input type="checkbox"/> Klassenfahrt |
| <input type="checkbox"/> eigenes Auto | <input type="checkbox"/> Bekleidung |
| <input type="checkbox"/> Telefonanschluss | <input type="checkbox"/> Körperpflege |
| <input type="checkbox"/> Handy-Vertrag | <input type="checkbox"/> Zeitungsabo |
| <input type="checkbox"/> Internetanschluss | <input type="checkbox"/> Fernseher |
| <input type="checkbox"/> Nahrung | <input type="checkbox"/> Krankenversicherung |

— Weiterführende Hinweise

— Schriften und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung

Schriftenreihe

Band 511: Das Ende der Armut

Jeffrey D. Sachs, Bonn 2006

— Bestell-Nr. 1.511

Band 687: Die Ausgeschlossenen

Heinz Bude, Bonn 2006

— Bestell-Nr. 1.687

Band 706: Die unterste Milliarde

Paul Collier, Bonn 2008

— Bestell-Nr. 1.706

Einzelpublikationen

Datenreport 2008

Statistisches Bundesamt/Gesis-Zuma/

WZB (Hrsg.), Bonn 2008

— Bestell-Nr. 1.738

Weltentwicklungsbericht 2008

Weltbank/bpb (Hrsg.), Bonn 2008

— Bestell-Nr. 2.187

Informationen zur politischen Bildung

Nr. 269: Sozialer Wandel in Deutschland

— Bestell-Nr. 4.269

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)

— nur noch online verfügbar

18-19/2001: Entwicklungspolitik

— Dritte Welt

29-30/2002: Zustand der Gesellschaft

— Armut und Reichtum

26/2006: Kinderarmut

33-34/2008: Abstieg – Prekarität

— Ausgrenzung

Themenblätter im Unterricht

Nr. 30: Arbeitslosigkeit

— nur noch online verfügbar

Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit (neu 2008)

— Bestell-Nr. 5.394

Nr. 62: Unterschicht in Deutschland?

— Bestell-Nr. 5.955

— Weitere Publikationen

Bundesregierung (Hrsg.):

Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Berlin 2008, online unter:

www.bmas.de > Schlagwortsuche:

„3. Armutsbericht“

Ferdowski, Mir A.:

Weltprobleme

München, 6. Auflage 2007

(hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale

für politische Bildungsarbeit)

Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/

Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.):

Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung

Wiesbaden 2008

OECD (Hrsg.):

Growing Unequal? Income Distributions

and Poverty in OECD Countries

Paris 2008

World Bank (Hrsg.):

Global Economic Prospects 2009

Washington DC 2009, online unter:

www.worldbank.org

Didaktische Materialien

Kindernothilfe e.V. (Hrsg.): Armut als globale

Herausforderung, Duisburg 2006.

HINWEISE



— Internetadressen

www.bmas.de

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

www.bpb.de

> Wissen > Zahlen und Fakten >

Die soziale Situation in Deutschland

Die soziale Situation in Deutschland

(Themenportal der bpb)

http://mdgs.un.org

Millennium Development Goals Indicators

www.oecd.org

Organisation für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung (OECD)

www.epp.eurostat.ec.europa.eu

Statistisches Amt der Europäischen

Gemeinschaften (EUROSTAT)

www.destatis.de

Statistisches Bundesamt

www.undp.org

United Nations Development Programme

www.millenniumcampaign.de

UN-Millenniumskampagne Deutschland

www.worldbank.org

Weltbank

www.omnia-verlag.de/weltimwandel/

php/start.php

Welt im Wandel (E-Book und PDF-Version)

— bpb-Publikationen für den Unterricht (alle unter www.bpb.de > Publikationen)



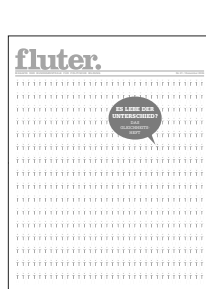
Sozialer Wandel
in Deutschland
(Nr. 269)



Unterschicht
in Deutschland?
(Nr. 62)



pocket global



Es lebe der Unterschied
– Das Gleichheitsheft
(Nr. 21)

— Neu!



„früher oder später“
– das Kartenspiel zu pocket zeitgeschichte
Autor: Bernhard Weber
(Bestell-Nr. 1.921)

„früher oder später“,
dafür muss sich jeder
Spieler entscheiden,
bevor er seine Karte
ablegt...

61 farbig illustrierte
Spielkarten mit Ereig-
nissen aus 60 Jahren
deutscher Geschichte.



— Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73

— Versandbedingungen

Im Inland bis 1 kg: kostenlos und portofrei.

1–20 kg: Versandbeitrag von 4,60 Euro per Überweisung nach Erhalt.

Stand: 1. April 2009

An den

IBRo Versandservice GmbH
Kastanienweg 1

18184 Roggentin

Das Bestellblatt kann auch in einem Fensterumschlag per Post verschickt werden. Bitte ausreichend frankieren!

Lieferanschrift

Schule Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

Themenblätter im Unterricht

- Bestell-Nr. 5.969 Ex. *Wasser – für alle!?* (Nr. 76)
 Bestell-Nr. 5.970 Ex. *Armut – hier und weltweit* (Nr. 77)
 Bestell-Nr. 5.971 Ex. *Der Bundestag – Ansichten und Fakten* (Nr. 78)
 Bestell-Nr. 5.965 Ex. *Welche EU wollen wir?* (Nr. 72; Nachdruck 2008)
 Bestell-Nr. 5.940 Ex. *Die Türkei und Europa* (Nr. 47; neu 2008)

weitere Themenblätter (→ Seite 2)

Thema im Unterricht Extra: Arbeitsmappen

- Bestell-Nr. 5.317 Ex. *Grundgesetz für Einsteiger*
 Bestell-Nr. 5.399 Ex. *Was heißt hier Demokratie?*
 Bestell-Nr. 5.306 Ex. *Europa für Einsteiger*

pocket (je 1,- Euro)

- Bestell-Nr. 2.553 Ex. *pocket global*
 Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar
 Bestell-Nr. 2.556 Ex. *pocket kultur*
 Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar

— Im Juni erscheint der neue Timer!

- Bestell-Nr. 2.550 Ex. *Timer* (Taschenbuch)
 Bestell-Nr. 2.549 Ex. *Timer* (Hardcover)
 Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar (gilt nur bis 1. Juli 2009 und nur für Schulen)

Die Taschenbuchversion

Anzahl	Kosten je Timer
1–3	3,00 Euro (Versand inkl.)
4–49	1,50 Euro*
50–99	1,00 Euro*
ab 100	0,75 Euro*

Die Hardcoverversion

Anzahl	Kosten je Timer
1–3	5,00 Euro (Versand inkl.)
4–49	3,00 Euro*
50–99	2,00 Euro*
ab 100	1,50 Euro*

* Je angefangene 20 kg Versandgewicht zuzüglich 4,60 Euro Versandpauschale. Der Timer wiegt ca. 240 g (Taschenbuch), bzw. 330 g (Hardcover)

Spielkarten (je 1,- Euro)

- „früher oder später“ – das Kartenspiel zu pocket zeitgeschichte
 Bestell-Nr. 1.921 Ex. „früher oder später“